

Ergebnisprotokoll: Matthias Hornschuh (Mod.)

Protokollantinnen: Nele van Olfen und Lisa Warring

=> Farbig markiert sind die Wünsche bzw. Forderungen, die erarbeitet wurden.

## **DENKRÄUME (auch: Kommunikation / Sprache)**

### *Städtische Räume als kulturell-gesellschaftliche Werkstatt*

Verschiedene Teilnehmer\*innen äußerten die Kritik, in dieser Diskussion gehe es um zu vieles; die Anzahl wie auch die Breite der angesetzten Themen und Teilaspekte sei nicht zu bewältigen. Jeder hier verbinde etwa mit „Räumen“ etwas anderes. Begriffsklärungen seien nötig. So habe etwa Raumbedarf nichts mit Baukultur zu tun. Ggf. sei eine andere Clusterung der Themen und Aspekte vonnöten.

Dabei wurde auch Selbstkritik laut: Hier und heute habe sich das Schubladendenken der Akteure deutlich abgebildet. Neben Sprachproblemen sei Abgrenzungsbedarf erkennbar; gerade in der Kultur aber müsse Quer- und Andersdenken zugelassen sein. Umso stärker wiege der Wunsch nach Freiräumen im Kopf und übergreifendem Denken! Es sei zu bedenken:

- Räume zur Gestaltung sind immer auch gestaltete Räume.
- Bezahlbarer Arbeitsraum entscheidet über Attraktivität einer Stadt für Kulturschaffende!

=> Neben (billigem) Wohnraum müsse man stets die Räume der Kultur mitwachsen lassen!

=> Idealerweise solle man über Wohnateliers, also die kostengünstige Kombination von Wohnen und Arbeiten nachdenken: das würde für die Akteure vieles einfacher machen.

=> Da, wo die Räume vorhanden seien (bspw. KHD-Gelände), gebe es oftmals kein Geld, um sie zu bespielen. So werde die Chance einer kulturell-gesellschaftlichen Werkstatt vertan!

Immer mehr Menschen drängen derzeit in städtische Räume; eine enorme Verdichtung ist abzusehen und bereits erkennbar. Umso dringender werden soziokulturelle Denkräume in Städten benötigt;

=> Die Regeln des Miteinanders und insbesondere die Ruheregeln müssten an diese Veränderung des urbanen Lebens angepasst werden; das Beenden von Kulturveranstaltungen und der Schluss der Außengastronomie um 22 Uhr seien nicht mehr zu rechtfertigen!

=> In einer Zeit, in der die Bedeutung des öffentlichen Raums stetig zunehme, sollte sich kein Kulturschaffender von Seiten des Ordnungsamts Sätze anhören müssen wie: „Sie nehmen der Öffentlichkeit den Platz weg ...!“

Teilnehmer berichten von schwierigen Verhandlungen mit dem Ordnungsamt, das auf künstlerische Anliegen nicht eingestellt sei und eher abwehrend reagiere. Das Kulturamt habe sich bislang immer wieder als große Hilfe erwiesen, wurde berichtet.

=> Der Umgang mit Künstlern muss sich ändern!

=> Es müsse für mehr Kunstverständnis geworben werden. Kunst sei ein großer Wert für die Stadt.

=> Ämter sollten im Umgang bzw. im direkten Kontakt unbürokratisch, amtsübergreifend und ohne zu strikte, die Inhalte konkret beeinträchtigende Zeitfenster agieren.

=> Zwei fixe Antragstermine pro Jahr seien für die Anliegen aus Kunst und Kultur prinzipiell zu einengend!

=> Wünschenswert sei insgesamt das Aufweichen von Prozessen, die Verflüssigung von Etaträumen, das Aufbrechen starrer Strukturen, sowie nicht zuletzt dezernatsübergreifendes Handeln.

=> Die Kreativität der Kulturschaffenden müsse viel stärker genutzt werden; dafür müsse man zunächst Vertrauen zu diesen entwickeln anstatt sie auszubremsen.

=> Die Gesamtsituation müsse dahingehend entwickelt werden, dass neue Initiativen nicht vorhersagbar an der herrschenden Bürokratie und an der Uneinigkeit verschiedener Ämter scheiterten.

=> Das alles könne erleichtert werden durch die Installation eines ämterübergreifenden Ansprechpartners.

## RÄUME | ARBEITSRÄUME | AUFFÜHRUNGSRÄUME (= RAUMBEDARF)

Vier vertretene Kultursparten meldeten akuten Raumbedarf an: Tanz, Musik, Film und Bildende Kunst. Der Raumbedarf ist in allen Sparten hoch, aber nicht identisch, denn die spezifischen Bedarfe und Anforderungen unterscheiden sich teils deutlich. Die Räume sollten

- spartenspezifisch geeignet,
- erschwinglich und
- gut erreichbar sein.

Während MUSIK und FILM auf die Protokolle der Sparten-Roundtables verwiesen, wurde der TANZ konkreter: Die derzeitige Tanz-Residenz an den Bühnen der Stadt sei nicht ausreichend; viele Kölner Kompagnien könnten eigene Produktionen ausgerechnet in ihrer Heimatstadt nicht zeigen. Eine Studie dazu liege vor und gelte unverändert.

**=> Für den Tanz werde dringend ein eigener Ort benötigt; einer, der groß genug und hinreichend ausgestattet ist für größere und große Produktionen und zentral (im Sinne von gut erreichbar) liegen müsste. Die Halle Kalk sei für ein solches Projekt nach wie vor interessant.**

Die Suchbemühungen in den Sparten seien aktuell unverbunden: Wenn ein Musikproduzent einen verfügbaren Raum finde, aber aus bedarfsspezifischen Gründen nicht nutzen könne, könne der Raum immer noch für Kulturschaffende anderer Sparten interessant sein! Diese werden aber mit großer Wahrscheinlichkeit von diesem Raum nichts erfahren.

Schon häufiger habe es in diesem Zusammenhang Ideen für ein städtisches Leerstandsmanagement bzw. eine zentrale Raumkoordination gegeben; oft sei jedoch gerade seitens der Immobilienbesitzer keinerlei Interesse an einer Kooperation zu verzeichnen; Zwischennutzungen etwa werden in aller Regel nicht zugelassen. Vielfach ständen Um- und Zwischennutzungsanträge im Widerspruch zur Bauordnung und seien damit zum Scheitern verurteilt (z.B. Kindergarten => Ateliers); dies tangiere allerdings Kompetenzen des Bundes. Insgesamt solle auf eine Lockerung der Rechtslage bzw. der Bauvorschriften hingewirkt werden. Der Kontakt zwischen Immobilienbranche und Kulturszene sollte professionell und ämterübergreifend bespielt werden.

**=> Eine spartenübergreifende Datenbank (Raumbörse) sollte Informationen zu Verfügbarkeit von Räumen und Mietbedingungen verzeichnen. Diese Projekte könnten institutionell bei einem Atelierbeauftragten angesiedelt sein; formal sollte es sich um eine Stelle handeln, die jenseits der Stadt Räume findet, schafft und/oder vermittelt, ggf. auch zur Zwischennutzung.**

Möglicherweise sei es sinnvoller, die Raumvermittlung zu dezentralisieren. Beim Projekt *Mühlheim 2020* gebe es eine Stelle, die sich mit Leerstand beschäftigt und u.a. Zwischennutzungen vermittelt.

Hinsichtlich des aktuellen Kriterienkatalogs zur Vergabe städtischer Ateliers wurden Änderungswünsche vorgebracht:

**=> Die Einstiegshürden sollten gesenkt werden; die Vergabekriterien seien insgesamt zu stark am Kunstmarkt ausgerichtet, die Bedeutung akademischer Abschlüsse zu hoch gewichtet. Es solle mehr Fluktuation gewährleistet werden, denn zu oft seien solche Räume auf Dauer belegt - auch von Künstler\*innen, die einer Förderung nicht mehr bedürften.**

Informationell: Bei KölnTourismus gab es mal eine Locationliste für Kölner Veranstaltungsorte mit Infos & Preisen.

Aus dem Kulturamt wurde die Information ergänzt, dass die Stadt Köln bis Ende August den Raumbedarf in der Bildenden Kunst repräsentativ abfragen werde, um bis September 2017 eine empirische Basis zu schaffen; insbesondere wolle man herausfinden, was ein Raumkoordinator ggf. für die Bildende Kunst in Köln entwickeln, finden, leisten solle.

Eine Initiative der Berliner *Koalition der Freien Szene aller Künste* fordere aktuell vom Senat, bei allen Stadtplanungen einen prozentual bemessenen Freiraum für kulturelle Nutzungen verbindlich vorzusehen. So geschaffene Freiräume könnten frei von Investoreninteressen und Gewinnstreben bleiben.

## SPARTENÜBERGREIFENDE WÜNSCHE

**=> Kommunikation herstellen, erleichtern und verstetigen**

- untereinander, d.h. zwischen alle Beteiligten,
- zwischen Politik und Verwaltung,
- zwischen den Ämtern und
- zwischen Immobilienmarkt und Kulturschaffenden.

## PLANUNG / ORDNUNGSPOLITISCHER RAHMEN / KOORDINATION

Dringend müsse der umfassenden Kommerzialisierung und Vermüllung und einer zunehmenden Verwahrlosung des öffentlichen Raums entgegengewirkt werden.

Ausgesprochen ärgerlich ist aus Sicht der Teilnehmer der Umgang der Stadt mit vielen Kulturbauten (bspw. Oper/Schauspiel, Rautenstrauch-Joest-Museum, Miqua); man habe den Eindruck, das Geld „ginge durch den Schornstein“. Offenkundig gebe es Systemfehler, welche sorgfältig analysiert, verstanden und bereinigt werden müssten.

Im Falle der Planung für die Kölner Mitte sei eine koordinierte Gesamtplanung wünschenswert, so wie es beim Dom-Rhein-Projekt gut funktioniert habe. Diese könnte extern vergeben werden. Dabei sollte beispielsweise die Achse Via Culturalis, die bei St. Maria-im-Kapitol endet, als ein großes Projekt angegangen werden.

## BAUKULTUR | KUNST IM ÖFFENTL. RAUM | STADTENTWICKLUNG | ARCHITEKTUR

Es wurde kritisiert, dass BAUKULTUR im Kulturentwicklungsplan von 2009 keine Berücksichtigung gefunden habe. Dabei handele es sich um ein wichtiges und bleibendes Anliegen, gerade für Köln, wo es eine Menge Aktivität in dem Bereich gebe – vielfach in Form bürgerlichen Engagements. Hier gebe es eine *freie Szene der Baukultur* mit diversen Vereinen, von denen einer mit dem „Kölner Architekturpreis“ sogar einen Preis trage. Die Vielzahl vorhandener Einzelaktivitäten werde seitens der Stadt nicht gemeinsam betrachtet und begleitet; auch Sorge die Ämter- und Zuständigkeitsvielfalt für anhaltende Sorgen & Probleme. Auf städtischer Seite sei das Museum für angewandte Kunst in dem Bereich zumindest gelegentlich aktiv; ebenso die Kunst- und Museumsbibliothek, was ein Hinweis darauf sei, dass zumindest bestimmte Teilaspekte von Baukultur viel mehr Teil der Kultur als des Bauens seien, etwa das Zukunftsthema „Neues Wohnen“.

=> Der Begriff „Baukultur“ solle als Oberbegriff stärker als bisher einigend für die Akteure begriffen und verwendet werden; damit einhergehen müsse ein wachsendes Verständnis von Baukultur, die zudem als Teil der Kultur stärker im Bewusstsein verankert werden müsse. Baukultur sei ebenso bedeutsam wie bedeutungstiftend!

Zugleich aber sei *Baukultur* viel mehr als *Kunst im öffentlichen Raum*. Sie sei

- das, was über die Planung des Gebäudes hinausgehe ... d.h. nicht nur der Entwurf des Architekten oder des Künstlers, sondern auch das Verfahren, das Planen und der Diskurs darüber,
- geprägt durch Verknüpfung mit Infrastruktur & Technik,
- städteplanerisch bedeutsam und
- ein wichtiges Thema für Kulturschaffende, da sie mit Projekten, Räumen, Stadtplanung verknüpft sei.

Die KUNST AM BAU müsse als Bauthema behandelt werden und somit „beim Bau andocken“! Dabei gehe es nicht zuletzt um die Finanzierbarkeit: aufgrund 30 Jahre alter Kann-Bestimmungen sollen zwischen 1 und 2 Prozent des Etats von Bauprojekten verbindlich kulturell veranschlagt werden.

Die „Kunst am Bau“-Prozesse im Zuge der Entwicklung des Rheinauhafens seien durch erhebliche Probleme im Umgang mit dem zuständigen Dezernat beeinträchtigt worden. Das Thema sei in Köln nicht besetzt, daher falle der Aspekt der Kunst bei Bauvorhaben grundsätzlich durchs Raster.

=> Kunst am Bau als Bauthema behandeln, d.h. beim Bau andocken!

=> Qualität der Kommunikation gewährleisten!

=> Nutzen und einbinden, wer/ was vor Ort ist, etwa die demnächst anstehende Messe für Schulbau als Bezugs- und Ausgangspunkt für Kunst am Bau.

Es gebe ein großes Interesse an bebautem Stadtraum und an Formen der Beteiligung an seiner Gestaltung. Die Stadt Köln, für die es bei diesem Thema um die Identität gehe, habe wenige gelungene Stadträume; als

eines von wenigen Positivbeispielen gilt der Brüsseler Platz – ganz im Gegenteil zum Barbarossaplatz. Die Geschichte der Stadt und die Entwicklung an den Stadträndern müsse stärker in die Betrachtungen und Planungen einbezogen werden. Es gehe nicht nur um Kunst im öffentlichen Raum, sondern um Qualität und Qualitätskontrolle, um Qualifizieren räumlicher Strukturen und die Verknüpfung mit technischen Ämtern.

=> *Den Stadtraum kultiviert halten und in die Zukunft überführen!*

Während es gerade an der Schnittstelle zur BAUKUNST Partizipationsmöglichkeiten gebe, die oft nicht genutzt, bzw. ausgeschöpft würden, wurde das Kölner STADTMODELL, das in einer Zusammenarbeit von BDA Köln und Stadt Köln entstand (<http://www.stadtmodell-koeln.de/>), als beispielhaft für die Potenziale bürgerschaftlichen Engagements angeführt. Auch die aktuellen partizipativen Prozesse bzw. die Bürgerbeteiligung rund um die *Hallen Kalk* wurden als vorbildlich hervorgehoben.

## **KUNSTBEIRAT oder KUNSTKOMMISSION?**

Es gibt einen Kunstbeirat bei der Stadt Köln, der sich mit Fragen der Kunst im öffentlichen Raum beschäftigt. Die Kommunikation zwischen Kunstbeirat und den politischen Gremien und dementsprechend auch die Koordination ist verbesserungsfähig, wurde berichtet. Zu unterscheiden sei zwischen Bestandspflege und neuen Projekten; das sei manchmal aber gar nicht leicht, zumal im Bestand oft Notstand herrsche.

Anders als in Köln gebe es u.a. in München und Düsseldorf das „langjährig bewährte Modell“ einer „Kunstkommission“, welche nicht nur berät, sondern plant, aktiv in Prozesse eingreift und hilfreich dabei ist, die Anliegen der Akteure zu bündeln. Ein Positivbeispiel sei *Quivid* in München (<http://www.quivid.com/>), ein Modell, das beispielhaft große Flexibilität gewährleiste.

=> *Es sollte eine Stelle zur Vernetzung und zur Koordination gestalterischer Planungsprozesse zwischen Architekt\*innen und Künstler\*innen eingerichtet werden.*

=> *Konkret: Der Kunstbeirat sollte zur Kunstkommission weiterentwickelt werden.*

=> *Verbindlich müsse die Vorgabe eines prozentualen Anteils für Kunst bei jedwedem öffentlichen Bauvorhaben geregelt werden!*

Das Thema Kunstkommission sei politisch bereits platziert, hieß es aus dem Kulturamt, der Prozess jedoch versandet. Seitens der Politik gebe es eine grundsätzliche Offenheit in dieser Angelegenheit. Eine noch zu bildende Arbeitsgruppe könne den Prozess weiterbringen und begleiten.